

T 062 888 0125 F 062 888 0101

Etat des lieux -

Enseignement des langues nationales dans les cantons Stand der Dinge -

Unterricht der Landessprachen in den Kantonen

26.11.2020

	HarmoS rejeté / abgelehnt
AG	Aus Kostengründen hat der Bund bisher noch nicht über die Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm von 2021-2027 entschieden. Eine Interpellation (November 2020) möchte vom Regierungsrat wissen, wie er die Bedeutung des Erasmus+ für den Kanton Aargau sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz einschätzt und ob er sich beim Bund für eine Vollassoziation der Schweiz einsetzen wird. Die Interpellation wurde in den Kantonen AG, BS, BL und SO eingereicht.
BL	Ein Postulat (Oktober 2020) fordert vom Regierungsrat ein Konzept über eine generelle Förderung des Sprachen- und Kulturaustauschs sowie einen empfohlenen (verpflichtenden) Sprachenaustausch auf der Mittelstufe oder der Sekundarstufe I. Ziel soll es sein, dass möglichst jede Baselbieter Schülerin und jeder Baselbieter Schüler die Möglichkeit erhält, bis am Ende der Volksschule in einer Landessprache einen Gruppen- oder Einzelaustausch zu absolvieren.
	Aus Kostengründen hat der Bund bisher noch nicht über die Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm von 2021-2027 entschieden. Eine <u>Interpellation</u> (November 2020) möchte vom Regierungsrat wissen, wie er die Bedeutung des Erasmus+ für den Kanton Basel-Landschaft sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz einschätzt und ob er sich beim Bund für eine Vollassoziation der Schweiz einsetzen wird. Die Interpellation wurde in den Kantonen AG, BS, BL und SO eingereicht.
BS	Aus Kostengründen hat der Bund bisher noch nicht über die Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm von 2021-2027 entschieden. Eine <u>Interpellation</u> (November 2020) möchte vom Regierungsrat wissen, wie er die Bedeutung des Erasmus+ für den Kanton Basel-Stadt sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz einschätzt und ob er sich beim Bund für eine Vollassoziation der Schweiz einsetzen wird. Die Interpellation wurde in den Kantonen AG, BS, BL und SO eingereicht.
BE	Eine <u>Motion</u> (Juni 2020) verlangt, dass die Deutschschweizer Basisschrift auch im französischsprachigen Kantonsteil eingeführt wird. Der Regierungsrat <u>ist bereit</u> (November 2020), die Bildungs- und Kulturdirektion zu beauftragen, das Thema in den zuständigen Organen der Westschweiz zur Diskussion zu bringen und beantragt vom Grossen Rat die <u>Annahme als Postulat</u> .
GR	In einem Bericht (Oktober 2020) zuhanden des Gemeinderats sieht der Churer Stadtrat zwar Verbesserungsmöglichkeiten beim Immersivunterricht Deutsch-Romanisch, allerdings sind die Sicherung und Verbesserung der Qualität eine Daueraufgabe, der die Stadtschule gerade auch im Bereich der zweisprachigen Klassen grosse Priorität einräumt. Sollten sich die Schüler/innenzahlen weiter stabilisieren oder gar erhöhen, ist die heute gewählte Klassenbildung erneut zu überprüfen. Daher beantragt der Stadtrat (November 2020) den Auftrag zu überweisen und abzuschreiben.



SO	Aus Kostengründen hat der Bund bisher noch nicht über die Teilnahme der Schweiz am Erasmus+ Programm von 2021-2027 entschieden. Eine Interpellation (November 2020) möchte vom Regierungsrat wissen, wie er die Bedeutung des Erasmus+ für den Kanton Solothurn sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz einschätzt und ob er sich beim Bund für eine Vollassoziation der Schweiz einsetzen wird. Die Interpellation wurde in den Kantonen AG, BS, BL und SO eingereicht. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Projekts «Deutschförderung vor dem Kindergarten» hat der Kanton Solothurn die Einführung einer kantonsweiten frühen Sprachförderung beschlossen (November 2020). Dabei unterstützt der Kanton die Gemeinden mit einer Anschubfinanzierung
TG	(vgl. <u>Solothurner Zeitung</u> , Nov. 2020). Der Thurgauer Regierungsrat schickt <u>Gesetzes- und Verordnungsänderungen</u> (Nov. 2020) betreffend vorschulische Sprachförderung in eine externe Vernehmlassung. Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen sollen nach Vorbild von Basel-Stadt selektiv zum Besuch von vorschulischen Förderangeboten verpflichtet werden (vgl. <u>Thurgauer Zeitung</u> , Nov. 2020).
UR	Der <u>Urner Erziehungsrat</u> (Oktober 2020) stockt die Stundentafel im Französisch ab dem Schuljahr 2021/22 auf. Neu sind fünf Lektionen pro Woche auf der ersten Oberstufe, fünf Lektionen auf der zweiten (bisher vier) und vier Lektionen auf der dritten Oberstufe obligatorisch für A-Schülerinnen und -Schüler (bisher fakultativ). Uri ist der einzige Kanton, in dem der Französischunterricht erst auf der Oberstufe beginnt. Dieses Manko soll mit den zusätzlichen Lektionen aufgefangen werden (vgl. <u>Luzerner Zeitung</u> , Okt. 2020).
ZH	Eine Anfrage (Juli 2020) möchte vom Regierungsrat wissen, über welche Kanäle das Volksschulamt und das Amt für Mittelschul- und Berufsbildung über die bilingualen und immersiven Angebote informieren und welche weiteren Möglichkeiten er sieht, um diese besser bekannt zu machen. In seiner Antwort (September 2020) weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Volks-, Berufs- und Mittelschulen Eltern und SchülerInnen über verschiedene Kanäle auf bilinguale und immersive Angebote hinweisen. Zudem führen Volksschulamt und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt seit August 2020 eine gemeinsame Fachstelle Austausch und Mobilität. Weitere Massnahmen und Möglichkeiten zur Forderung von bilingualen und immersiven Angeboten sollen während der Projektphase für den Aufbau der Fachstelle geprüft werden.
	Im Mai 2016 gründeten fünf romanischsprechende Väter in die erste romanischsprachige Kinderkrippe ausserhalb Graubündens. Trotz ihres Erfolgs ist die Finanzierung der Canorta Rumantscha Turitg nicht ganz einfach. Es braucht neue Ideen, um das Projekt zu sichern (vgl. Südostschweiz, Nov. 2020).
СН	In der Schweiz hat die erste Gymnasialreform seit fast 30 Jahren begonnen. Hunderte Experten sind in die <u>Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität</u> involviert (vgl. <u>NZZ</u> , Nov. 2020).